

## POLITISCHE BILDUNG IM BURGENLAND – STATIONEN EINER AUFKLÄRERISCHEN AMBITION?

Roland WIDDER

### Transformationen nach 1945

Das Fragezeichen macht es möglich, den Zwiespalt bereits anfangs zu benennen, die Schwierigkeiten anzudeuten, die Ambivalenzen, die um diese bildungspolitische Milieuschilderung kreisen, näher ins Visier zu nehmen. Zur Freiheit erziehen, zur Umkehr verlocken, zur Abbitte anleiten, zur gemeinsamen Einsicht veranlassen, zur reuevollen Rückschau zwingen und zum prospektiven Besserungsprozeß in einer freien und demokratischen Welt überreden – ausschließlich widersprüchliche Operationen?

Wir interessieren uns im Detail für den „aufgeklärten Übergang“ des Landes Burgenland – nach der schwierigen ersten Lernphase der republikanischen Demokratie, den Unterbrechungen des Nationalsozialismus – „zurück oder hinüber“ zur Demokratie der Zweiten Republik,<sup>1</sup> schließlich fragen wir nach der Normalisierung und Festigung einer dialogfähigen politischen Kultur unter dem Blickwinkel der politischen Bildung.

Anfänge werden nicht im Moment des Beginns erzählt, beobachtet und strukturiert. Sie basieren auf Vorleistungen, sind als Erfolgsgeschichten – etwa als geglückte Rückkehr zum demokratischen Gemeinwohl – stets nur Teilwahrheiten, sind retrospektive Verklärungen – und somit Stoff für neuerliche Revisionismen der Wissenschaft (vgl. die Dauerfrage nach Opfergeste oder Täterstatus Österreichs im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus) –, variieren endlos<sup>2</sup> die Frage nach der schweigenden Mehrheit<sup>3</sup> – als dümmliche Mitläufer, klammheimliche Täter, nützliche Idioten oder geschickt-bequeme Abstinenzler im Reigen der unterstellten und permanenten Offensichtlichkeit, die stets im Nachhinein zu proklamieren ist – und sind somit mehr oder weniger profunde Erinnerungsleistungen und institutionalisierte Verfahren im Kurswechsel zu einer neuen Chronologie der öffentlichen Ordnung. „Die religiösen, gerichtlichen, therapeutischen Diskurse, und zum Teil auch die politischen, sind von dem Einsatz eines Rituals kaum zu trennen, welches für die sprechenden Subjekte sowohl die besonderen Eigenschaften wie die allgemein anerkannten Rollen bestimmt.“<sup>4</sup>

Die komplexen Operationen und Rollenmuster des – individuellen und gemeinschaftlichen – Besinnens (auf Werte), des Erinnerns (an vergangene Tage und Taten), des Rück-

schauhaltens (auf Versäumnisse der Politik) usw. unterstreichen die Tatsache, daß „das Gedächtnis sozialer Systeme, wie zum Beispiel des politischen Systems, weder auf individuelles noch auf kollektives (im Sinne von gemeinsamen) Erinnern zurückgeführt werden kann, sondern eine notwendige Komponente jeder sozialen Operation, also jeder Kommunikation bildet.“<sup>5</sup>

Die Bußrituale in der Transformationsphase nach dem großen Krieg, die Siegestesten zur wohlwollenden und/oder geforderten Reue, die Verfahren der bessernden Selbststeuerung und vernünftigeren Selbstbesinnung als Staatsganzes, die Kontrolle der Säuberungsprozesse (sowie ihr geschicktes und unmoralisches Unterlaufen – oft Bedingung für den Systemerhalt auf unterschiedlichen Ebenen) und die Prozeduren der Gegenaufklärung sind also Komponenten dieser Kommunikation. Sie waren unterschiedlich in ihren Auswirkungen – und zuletzt Erinnerungsfähig im Umgang mit der „Wende“ nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – was die Nachkriegssituation nach 1945 betrifft.

Im Gegensatz zur anfänglich durchaus rigiden Politik der „Re-education“ im benachbarten Deutschland, wurden nämlich diesbezüglich „die Österreicher – von kleinen Ausnahmen abgesehen – seit Beginn der Besetzung weniger hart behandelt.“<sup>6</sup> Die alliierten Sieger etablierten ein Umerziehungskonzept, das mit „pädagogischen Mitteln das politische Ziel der Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung in den Köpfen und Herzen der Deutschen – vor allem der jungen – zu verankern“ trachtete.<sup>7</sup> Im Konzept der Nachkriegshandlungen der Siegermächte, der Demontage der alten Strukturen, Kriegsverbrecherprozesse, Entnazifizierungsmaßnahmen etc., wurde eine pädagogische Paradoxie kreiert: „Die potentiellen Erzieher waren selbst zu Erziehende; denn schließlich waren sie in das undemokratische und dazu noch hochgradig kriminelle NS-System irgendwie verwickelt gewesen, das sich seinerseits auf antidemokratische deutsche Traditionen stützen konnte.“<sup>8</sup>

Welchen Gleichklang mit bildungspolitischen Aspirationen im Nachkriegseuropa kann man demnach im Burgenland der Nachkriegszeit spüren, welche synchronen Entwicklungen lassen sich diesbezüglich mit anderen österreichischen Wiederherstellungen erkennen, wo gibt es typisch burgenländische Abweichungen, Sonderformen oder Kuriosa im Prozeß der Demokratisierung nach 1945 und der politischen Dialoge, Informationen und Handlungen?

Die Phase der demokratischen Konsolidierung nach 1945 war ein auf mehreren Ebenen ablaufender Prozeß: sowohl unterschiedlichste Systemstrukturen als auch entsprechendes Elitenhandeln sind im Zusammenspiel dafür verantwortlich. Die Legitimation einer sich erst allmählich konsolidierenden Demokratie ist eine fragile normative Basis, eine von Fall zu Fall variable Äußerung (etwa in Wahlgängen), eine von prekären Rahmenbedingungen (etwa die Besatzungssituation bis 1955) geprägte und von zufällig und unvorhersehbaren Parametern der Außen- und Binnenereignisse (Ungarnkrise 1956; etwa Mehrheitswechsel im burgenländischen Landtag 1964; Existenz als Land an der Grenze; CSSR-Krise 1968; „Wende 1989“ usw.) geformte Grundlage für ein Gesellschaftssystem unter Nachkriegsbedingungen.

Die Legitimität eines politischen Systems ist keine normativ absolut zu setzende Kraft, die die Steuerung übernimmt, die Mentalität strukturiert und den Masterplan eines Zukunftsentwurfes (partei)politischer Akteure repräsentiert. Sie ist relative, quasi wertneutrale Angelegenheit der ständig erneuerten Bewußtseinslage einer Bevölkerung. Sie ist ideologisch kein (ab)geschlossenes System sondern der lapidare „Glaube, daß das Ensemble der existierenden politischen Institutionen und Verfahren besser ist als jede andere Systemalternative.“<sup>9</sup> Vor allem in Zeiten von radikalen Transformationsprozessen eine permanent zu erzeugende und bereits dadurch systemkonforme Erwartungshaltung.

Nach Systembrüchen, Regimewechseln und in Zeiten des Neubeginns – deren Wirkungsweise und Motive hier nicht erläutert werden können – ist diese Einsicht offensichtlicher als in Phasen krisenschwächerer Normalität. Die Übergänge an Zeitenwenden sind schleifend und langfristig. Nachhaltigkeit überwiegt gegenüber der Plötzlichkeit der juristischen Datumslage. Der 1. Oktober 1945 ist in der Geschichte des Burgenlandes, für die Sozialpsychologie seiner Bewohner und für das politische System, das sich seither etabliert hat, unter spezifischen Gesichtspunkten – vollkommen irrelevant und unbedeutend, noch dazu, wenn man seine legitistische Bedeutung nicht mit dem entsprechenden Gesetzesblatt in der Fußnote verknüpft...

„Er war die Weite nicht mehr gewohnt, die nun auf ihn hereinbrach. Ja, es ist nicht dasselbe, müde und hoffnungslos wartend hinter dem Zaun zu stehen und durch die Stacheldrahtfenster zu starren oder auf einmal in die unendliche Freiheit hineinwandern zu dürfen. Es ist nicht gut, auf einmal ganz frei zu sein wenn man so lange gebunden war und den Schritt der Wache im Nacken spürte. Der Wille ist nicht mehr so stark zu treiben und Sinn zu sein.“<sup>10</sup> Mit dieser erdigen und rundblickenden Metapher begrüßte man die heimkehrende Gesinnung, umschrieb man im Burgenland die eingesperrte Warteposition nach dem Krieg – in Erwartung der unendlichen Freiheit. Ganz frei zu sein wurde als gewöhnungsbedürftiger Prozeß beschrieben. Das Hereinbrechen der vormals vertrauten Weite war nach den Jahren des Krieges und der Gefangenschaft, nach der Enge der Befehle und Baracken sowie der Bomben und Transporte keine Angelegenheit des Datums, des Terminkalenders und der Vormerkung für eine Besserung der Person.

Mit Abruptheiten, wie sie juristische Termine insinuierten (trotzdem selbst diese gelegentlich geschwindelte Korrektheit sind, vor der so mancher Gutgläubige in die Knie geht...), hat so manche Wissenschaft ihre Schwierigkeiten. Stimmungen lassen sich nicht als akten-gemäße Wahrnehmung mit Unterschrift bestätigen. Einlaufstempel und Ausstellungsdatum belegen zwar keine inhaltliche Entnazifizierung, um eines der Exempel in diesem Zusammenhang zu erwähnen, sie begründen aber genau eines der rechtsstaatlichen Rituale, auf die die Bewohner dieser Republik zu vertrauen hatten.

Für jenes Bündel an mentalen Voraussetzungen und institutionellen Vorkehrungen, das sich im Laufe der Jahre zur „Vergangenheitsbewältigung“ formte und den sozialpsychologisch-politischen Umgang mit der Nazidiktatur zum Inhalt hatte, entwickelte sich ein Arsenal von Maßnahmen, eine Serie von Konfrontationen (die zum Teil noch Jahrzehnte nach 1945 zu Problemlagen und Irritationen führten, welche mit der sogenannten Waldheim-Affäre auch einen burgenländischen Ursprung hat<sup>11</sup>) und ungezählte publizistische Auseinandersetzungen, etwa um die Wehrmachtsausstellungen in österreichischen Provinzhauptstädten oder, wie jüngst aktualisiert, über die Rückstellungen bzw. Versteigerungen von vermutlichem Beutegut oder tatsächlich nachgewiesenem Diebesgut aus den mit dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang stehenden Arisierungen und/oder sonstigen Beschlagnahmungen. Sie verlängern damit über die generative Jahreszäsur hinaus die Auswirkungen dieses Krieges bis in die letzten Jahre dieses Jahrtausends.

Die Konsequenzen dieser fatalen Ereignisse, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts sind offensichtlich – vielschichtig. Derart radikale Zäsuren erfordern einen spezifischen Umgang. Menschen müssen Fehler erkennen, Strukturen müssen sich ändern, die Fähigkeit zu trauern müßte erprobt sein, die Zeremonien des Verabschiedens von vormaligen Verhältnissen und die Rituale des Vergessens früherer Selbstverständlichkeiten sind wesentliche Vorbedingungen zum Neubeginn.

## Staatsbürgerkunde als Herzensanliegen

Systembrüche gehen nicht nahtlos in (neue) Aufbrüche über. Die Zögerlichkeiten herrschen vor, latente Überleitungshilfen wirken, apodiktische Aufrufe beruhigen vorrangig das schlechte Gewissen. „Es ist die Pflicht eines jeden freien Menschen in einem freien Staate, sich zu entscheiden, auf daß er nicht durch seine Gleichgültigkeit mitschuldig werde an einer Entwicklung, die in die Unfreiheit führt.“<sup>12</sup>

Soviel Freiheitsstreben überfordert, dennoch nahm man die Burgenländer in die Pflicht, verschrieb sich dem neuen Zeitgeist, oft mit Rückbezüglichkeiten und mit Wehmut, mit erkennbarer Irritation – und mit selbstheilenden Abschweifungen. So manche „Themaverfehlung“ war das Ergebnis der Lehrerschriften und pädagogisierenden Aufklärungs- und postdiktatorischen Erhellungsliteratur in den Nachkriegsdekaden. Zudem wurde, aus Motiven, die hier nicht ausführlich erläutert werden können, bezüglich Säuberungsmaßnahmen in Österreich generell weniger rigid vorgegangen. Die Maßnahmen, die man als Schritte der

Re-Orientierung im Kultur- und Medienbereich oder im Schulsektor bezeichnen könnte, waren löchrig, oft wirkungslos, politische Alibihandlungen. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte bereits der provisorischen Staatsregierung unter Karl Renner „eine weitgehende administrative und legislative Bewegungsfreiheit geboten“, die durch Unstimmigkeiten in der Beurteilung und Einflußnahme auf das Erziehungssystem der Republik<sup>13</sup> innerhalb der vier Besatzungsmächte zu noch größeren Freiräumen – vor allem der ostösterreichischen Schul- und Erziehungsrealitäten führte (abgesehen von den materiellen Beeinträchtigungen und räumlichen Hindernissen usw.). Dies drückte sich unter anderem auch in der Entnazifizierungspraxis in der Ostregion aus: „Auffallend bei Vergleichen der Verhaftungsstatistiken ist, daß sich die Sowjets fast zur Gänze aus dieser Politik herausgehalten hatten und vor allem in Wien, aber auch in Niederösterreich, im Burgenland und im Mühlviertel derartige Verhaftungen von österreichischen Behörden veranlaßt wurden.“<sup>14</sup> Deren unterstellbare Nachsichtigkeit führte dazu, um einen Parameter in diesem Kontext zu zitieren, daß im Burgenland die niedrigste Rate an registrierten Nationalsozialisten österreichweit vorgelegt werden konnte.<sup>15</sup>

Die diversen Maßnahmen, die insgesamt zu (neuen) demokratischen und liberaleren Ambitionen im österreichischen Schulsystem der unmittelbaren Nachkriegszeit – bis zur Neukodifizierung des Schulrechts im Jahr 1962 – geführt hatten, waren vor allem auf Betreiben der westlichen Alliierten zustande gekommen. Zahlreiche Einflüsse im pädagogisch-didaktischen Bereich, etwa über Lehrerfortbildungszeitschriften, bis hin zur Schaffung des Österreichischen Buchklubs der Jugend, der Aktivierung der Elternvereinigungen an den österreichischen Schulen – und vor allem (und für unseren Kontext markant) der Erlaß über „Staatsbürgerliche Erziehung“ (MVBl. 1949, Nr. 83), der den Lehrern die Verpflichtung zuwies, die österreichischen Schüler zu verantwortungsvollen kritischen Staatsbürgern zu erziehen und ihnen konkrete Demokratieerfahrungen zu ermöglichen, sind auf das Wirken und den Einfluß der amerikanischen Education Division zurückzuführen. Wenngleich damals wie heute die deklamatorische Bedeutung von ministeriellen Anordnungen nicht überschätzt werden soll, ist dennoch von einer spezifischen Signalwirkung – vor allem angesichts des Entstehungszusammenhangs dieser ministeriellen Richtlinie wenige Jahre nach Kriegsende – auszugehen.

Auf dem Weg zur politischen Bildung – im Schul- und Erwachsenenbildungsbereich – ist dieser gewichtete staatliche Hinweis auf politische Kultur und Demokratieverständnis durchaus von großer Bedeutung.

Im burgenländischen Kontext allerdings gibt es kaum nennenswerte Hinweise auf offensive „westliche Demokratisierungsschübe“. Die materielle Hilfe war ebenfalls spärlich.<sup>16</sup> Im Gegenteil, im doppelten Windschatten von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschtümelnder Erinnerlichkeit, wird der dekadente Verhaltenskodex der Moderne zum Feindbild und pervertierten Freiheitsideal. Während in westlichen Bundesländern die demokratiepolitische (Wieder)Einübung begleitet ist von Kino- und Illustriertenbildern beziehungsweise Radio- und Jazztönen – als Begleitmusik zur neuen Freiheit –, die den Alltag (der Jugend) zu prägen beginnen, polemisiert man in der neugegründeten, über die Schüler des Landes in viele Haushalte verteilten Zeitschrift „Volk und Heimat“ eben gegen diese westlichen Errungenschaften.<sup>17</sup> Dies war im Sprachduktus und in inhaltlicher Linearität mit nicht zu überlesender Direktheit eingeschworen auf und eingebunden in den spezifischen Urgrund, auf Blut und Boden des burgenländischen Landesbewußtseins, der im Zentrum des restaurativen Bestrebens nach 1945 stand: „Zu der Erde, in der unsere Mütter und Väter schlafen, zu der Erde, auf der unser Brot wächst, zu der Erde, die unsere Vergangenheit, unsere Gegenwart und unsere Zukunft ist.“ Diesem Kontinuum der deutschnationalen Gedankenwelt, schon einmal erschüttert in ihren Grundfesten, droht eindeutig (und noch immer) die Gefahr, denn „wenn wir uns an das Fremde verschenken, wird uns auch unsere Heimat Fremde. Wenn wir die Stimme unseres Blutes nicht mehr hören, dann sind wir auch gegen den Ruf des Landes taub. Und wenn wir uns verlieren, dann verlieren wir auch unser Haus.“<sup>18</sup>

Kein Erschrecken ob der direkten Anbindungen an die Jahre davor, keine ernüchternden Klarstellungen, kein Schuldbekenntnis in Form von Benennung der großen Tragödien und ihrer Ursachen und Folgen. Nur das Schicksal waltete, nun im österreichischen Wortgewand

– symbolgerecht auf der Lagerstraße geboren. Keine ungarische, keine deutsche, keine fremdländische, also keine „rassisch verpönte“ Reminiszenz wurde zugelassen, nachdem die Deutsche Hoffnung unsäglich geworden war. Tausendjährig blieb die Konnotation in jedem Fall...: „Nur das Blut sagt aus, rein und klar und wahr, aus dem Gestern und Heute wächst unser Morgen. Tausend Jahre Geschichte binden uns schon an Österreich, Leid und Tränen, Not und Tod haben uns zusammengeschweißt und zur Einheit gemacht. Nie waren wir getrennt von unserer Heimat. Haben auch Grenzpfähle das Land geteilt und getrennt: die Herzen konnten sie nicht losrennen. War Liebe in ihnen oder Sehnsucht: beides galt Österreich. ...Und schaut doch zurück auf unsere Vorfäter! Wo ist da der Verrat oder Judastat? Wo ist da auch nur Gleichgültigkeit? Nie war die Grenze, das Trennende inneres Eigentum geworden.“

<sup>20</sup> So schnell das Vergessen, so offensichtlich die Verdrängungen, so tiefend die Verdrehung, so gesprächig die schwülstige Beschwörung, die als Wortspiel mit seitenverkehrtem Ausgang abzulesen ist. So formulierte man sich in die neue Freiheit.

Vieles blieb im Nachkriegsjargon der Umerziehung ausgeblendet, unberücksichtigt, verschoben und der späteren Wahrnehmung vorbehalten. Die political correctness der 80er und 90er Jahre revidierte, nicht ohne selbst Blindflecken und ostentative Sekundärbetroffenheit zu erzeugen, einige dieser Wahrnehmungen.

Den zeitgemäßen Rettungsanker, die moralische Besserung der Person in den Turbulenzen der Aufbaujahre formulierte und erhoffte man anders. Trotz des postulierten Zugeständnisses an die Willenskraft des Individuums wächst, unbändig und offensichtlich selbststeuernd, „Kultur (...) organisch aus dem Boden natürlichen Menschentums heraus, wie eine Pflanze, ein Baum, sie ist der Zustand der Harmonie zwischen Mensch und Natur, sie ist jene große Münze, mit der der Mensch seine Rechnung des Lebens zahlt, die ihn eingliedert und erhält in der Reihe der Elemente. Weil wir alle Kultur in tausend Formen erleben und gestalten und weil sich tausend Unformen als leicht käufliche Scheinkultur anbieten, ist es notwendig, Maße zu geben...“<sup>21</sup>

Das latente Versmaß dieser Aufbaurhetorik ist denn tatsächlich die unverblümt tausendjährige Erfahrung mit der Unterordnung und Eingliederung in die Reihe der Elemente. Die organische Metaphorik ist offengelegt, mit der Münze des Lebens haben tatsächlich jene die Rechnung ihres Lebens bezahlt, die die Eingliederung verweigert haben. Denn „wer seine Heimat kennt, wer seine Heimat liebt, kann nie so leicht ins Ausweglose hineinstolpern wie jener ziel- und heimatlos Wandernde, der überall zuhause sein kann, weil er nirgends zuhause ist.“<sup>22</sup>

Diesem unausgesprochen minderwertigen, nichtorganischen – seit 1938 nicht mehr im Burgenland lebenden – Element folgen, allerdings aus dem exkulpierten, weil deutschen Volkskorpus stammend, jene „Millionen von Entwurzelten und Heimatlosen (die) durch (die) Welt irren und Heimat suchen“<sup>23</sup> Als sogenannte Volksdeutsche waren dies bedauerte aber eben nicht diskriminierte Heimatlose, die durch das Burgenland in ihre Nachkriegsfreiheit ziehen mußten.

Doch unser Argument sucht in dieser augenfälligen Paradoxie einen Anknüpfungspunkt der zu einem Gegenargument – trotz und wegen seiner inhärenten Bindung an diese hier nur kurz angedeutete Vergangenheit – werden soll. Wollte man in der Symbolwelt der Anfangsworte weitersuchen nach dem, was unzweifelhaft war und nicht schwer enträtselbar in ideologischer Spiegelschrift zu lesen und zu verstehen ist: „Es wäre wenig, wenn man nur die Tünche lebloser Worte sieht, es ist unendliche viel... Es geht uns um das Letzte: um die Herzen und Seelen selbst“<sup>24</sup>

## Re - education im sowjetisch besetzten Grenzland ?

„Es ist eine bedenkliche Erscheinung in unserer Demokratie, daß in den Kinos vom Volk gewählte Staatsmänner bei ihrem Erscheinen auf der Leinwand mit Gelächter empfangen werden.“<sup>25</sup> Wenn die „Träger dieses Staates verächtlich gemacht werden“, so der Zeitbefund, kann keine Gemeinschaft wachsen. Schließlich glaubte man an die Formel: „Wir alle sind der Staat, wir alle machen seine Politik. Durch unser Handeln und durch unser Nichthandeln.

Durch unser Wort und durch unser Schweigen, durch unsere Aktivität und durch unser Beiseitestehen.“ Mit dieser Erinnerungsleistung an schweigevolles Beiseitestehen und organischer Teilhabe am Staatsganzen, „sehen wir die Politik und so wollen wir Volksbildner sie auch von den Politikern gesehen wissen. Denn dann wird sie ein wichtiger Bestandteil der Volksbildung sein.“<sup>26</sup>

Wir nähern uns also dem Zugriff auf die Mentalreserven der Bevölkerung nach dem großen Krieg – unter dem Aspekt der aufklärenden Erhellung, der politischen Bildung, dem Nachklang der „Umerziehung“, der Re-education<sup>27</sup> in den Jahren der Zweiten Republik.

Diese kommentierende Zitierung der Nachkriegsworte bildet bislang keine Grundlage für moderne politikwissenschaftliche Staats- und/oder Politikkonzepte (so variabel und kontextgebunden auch diese sind). Es war Absicht der Ausführung bisher, den Bogen zu spannen zum Nachkriegsaufwand der Re-education, die im Gefolge und im Gleichklang mit der Entnazifizierung zur politisch-pädagogischen Ambition im ehemaligen Deutschen Reich – mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Erfolgen – geworden war.

Im burgenländischen Kontext, und für uns als exponiertes Sprachrohr – das mit einer beachtlichen Verbreitung kalkulierte und mit rund 10.000 Exemplaren, als nicht überprüfbare Auflagenhöhe, sicherlich eine bedeutsame Verbreitung, vor allem in vortelevisiären Zeiten fand<sup>28</sup> – ist dies eine maßgebliche Entäußerung der mentalen (und medialen) Widerspiegelung von verbreiteter Gesinnung.

Durch sie war ebenfalls die Sorge um die freiheitliche demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft zu erkennen. „Ja, kein Wort wird heute so häufig mißbraucht wie das von der Demokratie und Freiheit. ...Sie schenkt sich nicht, sie will erkaufte und verdient sein durch das Opfer aller. Aller! Denn dann ist das Opfer gerecht und rein, dann ist nicht Schuld um Freiheit.“<sup>29</sup>

Es gab also auch im Burgenland, im expliziten Bereich der Erwachsenenbildung Ambitionen zur Staatsbürgerkunde. Der Großteil der Referenten, etwa im Burgenländischen Volksbildungswerk, als größter und maßgeblicher Einrichtung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und -jahrzehnten, war im Hauptberuf Lehrer. Als solche war ihr inhaltliches und didaktisches Agieren vorgezeichnet durch die Logik der schulischen Unterweisung. Bereits im ersten Jahrzehnt konnten einige Hinweise auf staatsbürgerliche Erziehung gegeben werden. Prof. Julius Bauer, der spätere bundesstaatliche Volksbildungsreferent im Burgenland, bekleidete die Funktion des Landesreferenten für staatsbürgerliche Erziehung. Er übt „vor allem in seinem Hauptberuf jene Tätigkeit aus, die notwendig ist, um unsere Jugend zu guten Staatsbürgern zu erziehen. Das Volksbildungswerk unterstützt alle Bestrebungen des Landesjugendreferenten, soweit es notwendig ist, auch kanzleimäßig. In ‚Volk und Heimat‘ wurden Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung mehrfach behandelt.“<sup>30</sup> Die erwähnten Beiträge waren u. a. der „Vaterländischen Bildung“, der „Jugend in der Gemeinschaft“ und der „Staatsbürgerlichen Erziehung und Volksbildung“ gewidmet.

Der Vermittlungsschwerpunkt des Volksbildungswerkes läßt sich unter dem Gesichtspunkt der identitätsstiftenden Diskurslogik und der parteipolitischen Prägung der Landespolitik, vor allem in den ersten rund zwei Jahrzehnten nach 1945, so darstellen: „Die kulturelle Bedeutung des Burgenlandes, wie sie die in den beiden Großparteien versammelten, noch immer äußerst dünnen intellektuellen Eliten im gesamtösterreichischen und gesamteuropäischen Kontext sahen, wies nach wie vor nationale Ideologeme auf, welche die Bevölkerung gegenüber dem vom Osten und Westen gleichermaßen eindringenden – gottlosen – Materialismus immunisieren sollten. Unter dem Eindruck der politischen Entwicklung in Ungarn und der Spaltung Europas in ideologische und politische Machtblöcke und Einflußsphären baute der nunmehr mögliche nationale Grundkonsens der burgenländischen Großparteien auf der keineswegs neuen Vorstellung von der österreichischen kulturellen Mission im mittel-/südosteuropäischen Raum als Bewahrer christlich-abendländischer Werte auf. ...Die tradierten kulturellen Ausdrucksformen dieses Grenzlandes sollten gleichsam einen Schutzschild bilden gegen das Eindringen sowohl der säkularisierten Massenkultur der kapitalistischen Konsumgesellschaft wie auch der totalitären Gesellschaftsordnung des Kommunismus.“<sup>31</sup>

Dieser latenten kulturpolitischen Doktrin entsprachen viele der Aktivitäten der nicht als Massenbewegung auftretenden Volksaufklärer des Landes. Neben ihrem Hauptberuf, zu-

meist als Lehrer, waren sie in unterschiedlichsten örtlichen Vereinsstrukturen eingebunden, profitierten von der Autorität ihres Berufes, waren oft engagierte „Gemeinwesenarbeiter“ in außerschulischen, kirchlichen, sportlichen Vereinen, gaben ihre Kenntnisse und Fähigkeiten oft nur um den Preis gesteigerten Sozialprestiges weiter und betrieben Kulturarbeit im Duktus der wohlmeinenden örtlichen Respektperson. In vieler Hinsicht heute durchaus von vergeblicher Vorbildhaftigkeit, nicht nur die Spärlichkeit ihrer monetären Vergütung und Ansprüche betreffend.

Doch nicht nur der Amateurspekt in der nebenberuflichen Weitergabe von schulisch relevanten Erkenntnissen führte dazu, daß diese Form der ortsgebunden, integralen Volksbildung, mit den je spezifischen ideologischen Konnotationen, allmählich obsolet wurde. Sozialstrukturelle Veränderungen, der Zeitgeist der Industriegesellschaft und die veränderten Mentalitäten im kleinen österreichischen Wirtschaftswunderland führten zu kumulierten Veränderungen im Sozial- und Politiklima des Landes. Auch im Burgenland kam, mit dem Zauberswort Strukturwandel umschrieben, die Vermutung auf, die gesellschaftlichen Verhältnisse seien stärker in Bewegung gekommen.

## Das Erbe der Staatsbürgerkunde

Ohne auf die bildungs- und kulturgeschichtliche Chronologie in Österreich näher einzugehen, stellen wir fest, daß ähnlich der Bildungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, rund „zwei Jahrzehnte der Nicht-Reform“ die Periodisierung der Nachkriegsjahre geprägt haben, unter anderem deshalb, weil „die Überwindung der geistigen Zerstörung durch den Nationalsozialismus und der physischen Zerstörung durch die Kriegsfolgen“ im Mittelpunkt der restaurativen Bemühungen standen.<sup>32</sup>

Angeregt von Entwicklungen der deutschen Bildungsreformdiskussion (Georg Picht, Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas u. a.) gab es auch in Österreich, anfangs der sechziger Jahre diesbezügliche Impulse in der Schul- und Bildungspolitik. So etwa stellte die Schulgesetzgebung des Jahres 1962 eine formelle Scheidelinie in den Reformetappen der Zweiten Republik dar. Begünstigt, aber nicht ursächlich ausgelöst durch diese Zäsur, folgten allmählich auch im Bereich der Staatsbürgerkunde und im Wirkungsbereich der Erwachsenenbildung – als Teil umfassender Akzentverschiebungen in der Bildungspolitik sämtlicher Industriestaaten, etwa um das Konzept Chancengleichheit usw. kreisend – markante Veränderungen in der Bildungslandschaft der Republik.

Vor der Folie dieser hier nicht näher ausführbaren gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Entwicklungen in den (späten) sechziger Jahren gewann dann auch die politische Bildung einen anderen Stellenwert.<sup>33</sup> Abgesehen von schulischen Entwicklungen – die nicht im Mittelpunkt dieser Ausführungen stehen – war dennoch der Impuls aus dem Schulbereich, bzw. die Wechselwirkung mit diesem sowie die Tendenzen, die sich aus den unterschiedlichen neuen Studienzweigen auf universitärer Ebene mit der politischen Bildung (u. a. als erhofftes Betätigungsfeld für erstmals in Österreich studierende Politikwissenschaftler u. ä.) ergaben, ein offensichtlicher: Der Grundsatzlerlaß<sup>34</sup> für politische Bildung (obwohl nur für die Schulen rechtswirksam)<sup>35</sup> strahlte, schon in der Vorbereitungsphase, auch auf andere Bildungsbereiche aus und hatte experimentelle Vorstufen, die unter anderem auch das Burgenland tangierten.

Denn hier gab es bereits Ende der sechziger Jahre eine pädagogische Laborsituation, die im Rahmen der Erwachsenenbildung zu besonderer Bedeutung gelangt war. Die Entstehung der Volkshochschule Burgenland, ein Produkt der sechziger Jahre,<sup>36</sup> war eng verknüpft mit der politischen Bildung in diesem Land. Abgesehen von den rudimentären Vorformen und staatsbürgerkundlichen Einzelvorträgen, die singuläre und zufällige Ereignisse in der Bildungslandschaft des Burgenlandes waren, setzten in dieser Zeit umfassende systematische Bestrebungen ein. Bereits in der Anfangsphase des 1969 gegründeten Landesverbandes der burgenländischen Volkshochschulen war dieses Anliegen explizites Vorstandsthema<sup>37</sup>: „Das Kursprogramm soll inhaltsreiche Kurse mit einem Schwerpunkt auf Kursen der politischen Bildung enthalten.“

Doch bevor diesen Intentionen zum Durchbruch verholfen werden konnte, gab es, gleichsam typisch für das parteipolitische Taktieren dieser Jahre, eine strategische Blockadesituation zu entschärfen. Im Vorlauf zur Gründung dieses Landesverbandes waren zwei VHS-Strukturen, im Naheverhältnis zu den beiden Großparteien, etabliert worden – eine (SPÖ-nahe) Volkshochschule Burgenland und eine (ÖVP-nahe) Burgenländische Volkshochschule. Dieses politisch-tautologische Phänomen konnte unter Mitwirkung eines prominenten Proponentenkomitees zugunsten eines „Landesverbandes Burgenländischer Volkshochschulen“ – am 10. Oktober 1969 im Sitzungssaal des Burgenländischen Landtages – bereinigt (bzw. vereinigt) werden.<sup>38</sup>

Die Schilderung der historisch-chronologischen Etappen vernachlässigen wir zugunsten einiger markanter Wesensmerkmale der politischen Bildungsarbeit der neugeschaffenen Institution, die offensichtlich zentrales Anliegen der Volkshochschulgründer und Ergebnis einer mehrjährigen Vorlaufphase war und die bislang geübte Praxis der staatsbürgerlichen Erziehung, praktiziert als hauptsächlich institutionenorientiertes Verstehen staatlicher Formalabläufe und am sozialen Frieden ausgerichtetes Politikverständnis, ablösen sollte.

Denn bereits seit 1957 war die erwähnte Volkshochschule Burgenland formal existent aber inhaltlich inaktiv.<sup>39</sup> Sie war eine politische Möglichkeit, bestand bloß als (eventuell politisches) Kalkül, war als jederzeit aufladbare Vereinsschiene etabliert worden. Mit und nach dem politischen Machtwechsel von 1964 kam allerdings der politischen Schulung der Lokalfunktionäre, (eine allgemeine Entwicklung im parteipolitischen Organisationsalltag der beiden Großparteien), auf der Seite der SPÖ ebenfalls ein erhöhter, weil nun machstabilisierender Stellenwert zu. Überlegungen zu effizienteren Maßnahmen in diese Richtung, zum Einbau von wissenschaftlicher Expertise in die „amerikanisierte“ Politikberatung generell (vgl. dazu etwa die Aktion 20 der ÖVP, Mitte der 60er Jahre; Ende dieses Jahrzehnts waren es die „1400 Experen“ der SPÖ) und die politische Bildungsarbeit als diffundierende Nebenentwicklung dieser Politisierungsperiode im zweiten Nachkriegsjahrzehnt lassen sich österreichweit ausmachen und sind auf unterschiedlichste, in- und ausländische Ereignisse, etwa Medienbeobachtungen und politische Tendenzen rückführbar.

## Kritischer Zeitgeist – Spuren im Burgenland?

Zeitgleich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen der späten sechziger Jahre, parallel zu Entwicklungen auch auf österreichisch-universitärem Boden, etwa der Vorbereitung und Installierung einschlägiger sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen, gab es durchaus entsprechende burgenländische Vor- und Anzeichen gesellschaftskritischer Stimm(ungen). Das Land, bar jeder akademisch weiterführenden Einrichtung, klassisch geprägt von einem brain-drain in beruflich attraktivere Zentren und mit dem mentalitätsgeschichtlichen Trademark einer jahrhundertlangen feudalen Einübung in Duldsamkeiten gegenüber jedweden Obrigkeiten versehen, konnte nämlich durchaus Miniaturen selbstbewußteren Agierens (etwa seiner intellektuellen Elite) im Bildungs- und Kulturbereich aufweisen.

So entwickelte sich etwa im Umfeld der jahrelang geführten Diskussion um ein Haydn-Denkmal in Eisenstadt Mitte der sechziger Jahre eine Initiative burgenländischer Studenten zur Verhinderung eben dieses Monuments, die eine Unterschriftenaktion und Interventionen in Form von Protestbriefen an burgenländische Landespolitiker organisierte und in akkordierte Pressearbeit mit einschlägig interessierten Journalisten und im Kulturbereich Tätigen übergang. Diese Protestaktionen bündelten und finalisierten eine jahrelange Kontroverse um ein Projekt des Bildhauers Gustinus Ambrosi, dem, neben anderen seit Jahrzehnten vorgeschlagenen Varianten des Hadyngedenkens in Eisenstadt, schließlich der Auftrag zugekommen war, ein Haydn-Denkmal zu entwerfen.<sup>40</sup> An Stelle des nicht realisierten Projekts wurde 1971 ein „Joseph Haydn-Konservatorium“ eröffnet. Ambrosi brach 1966, mit der Rücksendung seines 1961 verliehenen Großen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Burgenland, seine offiziellen Kontakte mit dem Land ab.

Eine weitere kulturpolitisch interessante Initiative und durchaus Beweis für ein vorhandenes Potential an kritischer Intelligenz im Lande entwickelte sich ebenfalls in den späten sech-

ziger Jahren. Als erste einer Reihe von anspruchsvollen, intellektuell-kritischen Studentenzeitungen mit maßgeblicher Beachtung und selektiver Verbreitung wurde ab dem Jahre 1969 die Zeitschrift „peisonia“ herausgegeben. Über Jahre hin gelang es diesem kleinen Organ der katholisch-akademischen Studentenverbindung mit gleichem Namen, wider manche Konvention zu argumentieren, provokante Thesen und Autoren zu präsentieren und demokratie-reformerische Diskussionen zu stimulieren. Obwohl keine große Verbreitung beabsichtigt war, ist eine Wirkung dieses Diskussionsforum, das bis Ende 1975 in loser Folge mit insgesamt 23 Ausgaben erschienen ist, auf das politische Klima im Lande durchaus zu unterstellen und wäre ausführlicher zu diskutieren.<sup>41</sup> In heutiger Terminologie wäre die politische Heimat dieser Publikation, ihre (zum Teil auch heute noch aktuellen) Themen und Autoren betreffend, im sogenannten linkskatholischen Segment anzusiedeln.

Quoten- und Mediaanalysen lassen diese Qualitätserscheinungen im politischen Diskurs des Landes bislang unberücksichtigt, ihre Wirkungsgeschichte wird noch geschrieben und zeichnet sich hiemit andeutungsweise ab. Denn neben den großen und schriftlich „nachprüf-baren“ Einschaltquoten, Verkaufsziffern und Wählerstromanalysen sind es mehr und mehr die Einsichten in kontingente nichtlineare Dynamiken, die den erforschten Gesetzmäßigkeiten den Rang ablaufen, diese relativieren und zu neuen Erkenntnissen verknüpfen. Sie rücken der Komplexität von Systemen, selbst im kleinen Burgenland, näher und sind Konstruktionsmittel einer Landesidentität.

Die Wirkungsweisen dieser „politischen Miniaturen“ und hier nur stichwortartig andeutbaren Ereignisse sind seit langem nicht mehr in der formlosen Einheit eines großen – einigermaßen homogenen und starr hierarchisierten – Werdens, in der Relation von Ursache und Wirkung, zu verstehen. Sie sind diffuser und offener, für überraschende Wendungen zugänglicher, für anschließende Argumentationen bereiter. Deshalb wurden sie, so leicht übersehbar sie auch sind, zu einem kurzen Argument, im Zusammenhang mit politischer Aufklärung in Form der politischen Bildung, verdichtet.

## Parteienkonsens als Vehikel für politische Bildung

Die (partei)politische Kultur im Lande, um auf den engeren Bereich der politischen Bildung zurückzukehren, war um neue Konsensregeln im Umgang mit geänderten Mehrheitsverhältnissen bemüht. Die Große Koalition auf Bundesebene war erstmals ausgesetzt, eine Alleinregierung der ÖVP ging einer kurzzeitigen SPÖ-Minderheitsregierung (mit FPÖ-Duldung) voran und war damit äußeres Zeichen eines politisch geänderten Stils, dessen Logik noch nicht enträtselt war. Auch im Burgenland war noch kaum Gewißheit über die Langfristigkeit des politischen Machtwechsels gegeben. Die Nationalratswahl von 1966 hatte, entgegengesetzt zum Landtagswahlausgang 1964, eine prinzipielle Umkehrbarkeit der Mehrheitssituation – allerdings als singuläres Ereignis in all den Wahlgängen seither – als durchaus plausibel erkennen lassen. Das politische Handeln funktionierte als Elitenkonsens der Partei- und Sozialpartnerschaftsakteure – und ermöglichte folglich auch auf Landesebene größtenteils akkordierte Schritte in der Ebene der Politik. Aus SPÖ-Perspektive wurde dem Burgenland diesbezüglich konzidiert: „Das Fehlen einer zahlenmäßig starken und politisch selbstbewußten Arbeiterschaft und der technokratische Führungsstil der sozialistischen Spitzenfunktionäre lassen die Konvergenz der beiden Großparteien zu einem politischen Pragmatismus stärker als in anderen Bundesländern (...) erscheinen.“<sup>42</sup>

So war auch die Zusammenführung der Volkshochschulen ein Exempel dieser spezifischen Verständigungskultur politisch Verantwortlicher. Mit der Gründung des Landesverbandes Burgenländischer Volkshochschulen einher gingen auch Intentionen der Parteien, die einige Jahre später in der Diskussion um das Parteienfinanzierungsgesetz, und somit um die öffentlichen Finanzierung von Parteiakademien, österreichweit diskutiert und – nicht zufällig – gemeinsam mit einem Gesetz zur Presseförderung beschlossen wurden und die parteipolitische Funktionärsschulung im engeren Sinne auf eigene, gut dotierte Füße stellte.

Die expliziten Adressaten des geplanten Zertifikatslehrganges im Burgenland waren denn auch vorerst vor allem die Funktionäre der politischen Parteien. In Fortsetzung einer Profes-

sionalisierungsstrategie für das politische System wurde folgende Vision angepeilt: „Nach Meinung des Landesverbandes der burgenländischen Volkshochschulen wird in Zukunft der Nachweis eines Grund- und Basiswissens auf dem Gebiet der politischen Bildung für die Ausübung einer öffentlichen Funktion essentiell sein. Es liegt daher insbesondere im Interesse der politischen Parteien, das Bildungsniveau ihrer Funktionäre auf dem Gebiet der politischen Bildung zu heben. Der Landesverband burgenländischer Volkshochschulen wendet sich daher mit seinem Lehrgang für politische Bildung bewußt an diesen Personenkreis (Funktionäre der politischen Parteien und andere), um innerhalb dieser Funktionäre einen für sie wie für die Gesellschaft notwendigen Lernprozeß auf dem Gebiet der politischen Bildung in Gang zu setzen.“<sup>43</sup>

Im Detail sah der Lehrgang für politische Bildung laut Vorstandssitzung vom 8. Juli 1970 folgende Schritte vor: „Ein dreijähriger Lehrgang über politische Bildung, der mit einem Volkshochschulzertifikat für politische Bildung abschließen sollte.

Pflichtfächer: Verfassung, Verwaltung I, Zeitgeschichte, Politologie, Volkswirtschaft;

Wahlfächer: Soziologie, Psychologie, Verwaltung II, Englisch;

Pflichtseminar: Redeschulung.

Für jedes Fach soll ein Prüfungsschein erworben werden, nach Abschluß der Pflichtfächer und des Seminars eines Wahlfaches soll das Zertifikat vergeben werden.

Adressatenkreis des Lehrganges sind politische Funktionäre, Lehrer und Interessenten an einzelnen Fächern. Ziel ist die Anerkennung des Zertifikats durch das Bundesministerium für Unterricht und die Anerkennung im öffentlichen burgenländischen Dienst, und zwar insbesondere in der Richtung, daß Maturanten, die dieses Zertifikat erworben haben, in den A-Dienst eingereiht werden.“ (Protokoll der Vorstandssitzung, 8. Juli 1970).

Nicht alle der angedeuteten Visionen konnten Wirklichkeit werden. Auch liegen, abgesehen von einer anfänglich umfangreichen Erfassung, keine zusammenfassenden Daten über die Teilnehmerstruktur und definitive Abschlußquoten vor. Die angestrebte Aufstiegshilfe durch die Absolvierung von Kursen wurde nicht realisiert. Die zusätzlichen Anreize erfolgten vielmehr auf monetärer Basis. Mit der Aushändigung des Zertifikats war eine „Bildungsprämie“ in Höhe von öS 5.000,- verbunden. Die Kursteilnehmer hatten ihrerseits Kosten für die jeweilige Kursgebühr (öS 150,-) und für die entsprechenden Skripten (öS 50,-) zu begleichen. Die Kurse dauerten ursprünglich 20 Abende zu je 2 Unterrichtseinheiten, wurden aber sehr bald auf 15 (bei manchen Fächern auf 12) Abende gekürzt.

Die ursprüngliche Kurspalette wurde unmittelbar nach Einsetzen der Kurstätigkeit, im Arbeitsjahr 1970/71 fanden burgenlandweit bereits 21 Kurse statt, modifiziert. Das Angebot des Zertifikatskurses für Politische Bildung umfaßte nun 6 Pflichtfächer (Gemeindeverwaltung, Bundesverfassung, Volkswirtschaft, Zeitgeschichte, Politologie und Rhetorik) sowie zwei Wahlfächer (Soziologie und Psychologie), aus dem ein Angebot ausgewählt werden mußte, um die mehrsemestrige Serie zertifikatsgerecht zu absolvieren.

Ein elaboriertes Referentenausbildungssystem (jährlich ein Fortbildungsseminar, dessen Absolvierung eine zusätzliche Vergütung pro Kursabend von ATS 50,-, somit also ATS 500,-, erbrachte), speziell erstellte Skripten und ein spezifisches Rekrutierungsverfahren mittels „Kursprecher“, die als selbstorganisierende, vom Kursbeitrag befreite lokale Drehscheibe die entsprechende Teilnehmerzahl, die Kurslokalitäten sowie die entsprechende Abfolge der Einheiten bis hin zum Ritual der Zertifikatsverleihung (zumeist in Eisenstadt) kontrollierten, waren organisatorische Begleitmaßnahmen. Dem belobigenden Schlußpunkt samt Scheckübergabe gingen entsprechende (ursprünglich für kurze Zeit auch schriftlich zu absolvierende) mündliche Prüfungsabende, unter Anwesenheit von Referenten als zusätzliche Beisitzer, an den lokalen Veranstaltungsorten voraus. Viele Kursleiter aus der ersten Referentengeneration waren aus dem universitären und postuniversitären (z. B. Institut für Höhere Studien, Wien) Bereich der Bundeshauptstadt in die Provinz zur aufklärerischen Missionierung reisende junge Intellektuelle beziehungsweise Universitätsangehörige, die auch zum Teil die ersten Skripten für die Teilnehmer zusammengestellt hatten.

Die schließlich im Oktober 1971 gegründete, landesweit agierende und von Eisenstadt aus operierende „Volkshochschule für politische Bildung“ war aus dem Landesbudget finanziell großzügig dotiert, „überlagerte“ in ihrer Bedeutung – vor allem auch in der öffentlichen

Wahrnehmung – die zwischenzeitlich im Landesverband der Volkshochschulen integrierten und lokal äußerst erfolgreich agierenden örtlichen Volkshochschulen und blieb bis zu ihrer Umwandlung als Fachbereich im Rahmen des Landesverbandes, vor allem im zweiten Jahrzehnt ihrer Existenz, eine ambivalente Struktur im Rahmen des burgenländischen Erwachsenenbildungsbereiches.

Dem Mut zur vereinsrechtlichen Auflösung der VHS für Politische Bildung im Jahre 1991, nach zwei Jahrzehnten ihrer Existenz, und ihrer inhaltlichen Eingliederung in die Agenden des Dachverbandes der zwischenzeitlich auf 18 Einzelvolkshochschulen angewachsenen Landesorganisationsstruktur ging eine durchaus gründliche Abwägung der Vereinsfunktionäre bezüglich der Vor- und Nachteile dieses Schrittes voraus. Sie führte schließlich dazu, eine Obsoleszenz in der bisherigen Struktur zu erkennen und einen stillschweigend schon durchgeführten Übergang der funktionalen Aspekte von politischer Bildung in die örtlich stattfindenden oder vom Landesverband gleichwohl zu begleitenden Maßnahmen anzunehmen.

Dieser Entscheidung sind weitere Überlegungen, durchaus konfliktreiche verbandsinterne Diskussionen und Veränderungen im Bereich der Subventionierung seitens des Landes, der inhaltlichen Ausweitung der zusätzlich zu den Zertifikatskursen angebotenen Bildungsinhalte, in der Referentenstruktur, im gesellschaftspolitischen Umfeld sowie in der Politik der 80er Jahre vorausgegangen.

Der Zertifikatskurs war stets als Grundausbildung konzipiert. Nach ausreichender Inanspruchnahme der einschlägigen politisch interessierten und engagierten Klientel war offensichtlich auch ein thematisch-methodischer Wechsel an der Zeit. In diesem Ereignisbündel vollzog sich der Gestaltwandel der politischen Bildung.

Daß politische Bildung ein wesentliches Kernanliegen der Volkshochschulen blieb, belegen eine Reihe von neuen Akzenten und Angeboten, die von Kursen zur Integration von Flüchtlingen über Angebote für die Roma des Landes, von lokalen Zukunftswerkstätten über frauenspezifische Kursangebote bis zu jeweils aktuellen Diskussionsveranstaltungen und Exkursionen zu gesellschaftspolitischen Themenkreisen und Orten reichen und in den örtlichen Volkshochschulen oder im überregionalen Angebot des Landesverbandes organisatorisch (mit)betreut werden. Darüber hinaus entwickelten sich auch außerhalb des originär damit befaßten Erwachsenenbildungsbereiches in den anderen Institutionen des Landes, oder in Kooperationen mit diesen, (etwa innerhalb der Burgenländischen Konferenz für Erwachsenenbildung), diesbezüglich vereinzelte Angebote, die zur Verfestigung des Stellenwerts der politischen Bildung insgesamt beigetragen haben und – kontrovers genug, um an das Beispiel des Europahauses Burgenland zu erinnern – beitragen. Die damit erreichte Breitenwirkung der politischen Bildung wurde dadurch zwar immer noch nicht zu einem Massenphänomen im Burgenland – eine Verankerung der Leitideen, eine Stabilisierung so mancher Strukturen (so fragil die ökonomische Basis auch jeweils ist) für diese Angebote und eine Diffundierung und langsame Sickerwirkung aufklärerischen Gedankenguts kann aber unterstellt werden: wie im Kultur- und Bildungsbereich üblich, unempirisch aber mit großem Vertrauen in die Faktizität dieses einschlägigen und vielschichtigen Geschehens.

## Österreichisches Pionierinstitut in Mattersburg – ein Kurzergebnis

Zeitgleich mit den Bestrebungen im schulischen Bereich das Fach politische Bildung zu verankern, als Kompromiß kam es zumindest zur Einführung von „politischer Bildung“ als sogenannte unverbindliche Übung an den österreichischen AHS ab dem Schuljahr 1970/71, gab es stets auch Bemühungen, sowohl im Erwachsenenbildungsbereich ähnliche Schwerpunkte zu setzen, als auch die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Segmenten der Bildungslandschaft zu versuchen und nach Möglichkeit zu gewährleisten. Bundesgesetzliche Gründe (Volksbildung als Länderkompetenz versus der Bundeskompetenz im Schulbereich) sowie traditionelle Verbändepolitik standen diesem Ansinnen entgegen. Die Anliegen des dritten Sektors der Bildungslandschaft, der Universitäten und ihrer spezifischen Nachfrage- und Bedarfssituation, wurden bereits angedeutet, konnten aber bis dato nicht zu einer aus-

reichenden Verankerung eines entsprechenden Berufsbildes führen. Viele Vorläufigkeiten und improvisierte Bemühungen prägen demnach die Ambitionen im Spektrum der politischen Bildung – seit Jahrzehnten.

Die österreichische „Unterrichtsverwaltung unter dem für diese Thematik sehr ambitionierten Minister Dr. Fred Sinowatz (wollte) für die achten Klassen der AHS anstelle der Arbeitsgemeinschaft von Geschichte und Sozialkunde/Geographie und Wirtschaftskunde ein eigenes Fach Politische Bildung einführen. (...) Dagegen erhoben sich prompt massive Widerstände und zwar seitens der Standesvertretung der Geschichte- und GeographielehrerInnen (aus Angst vor Stundenverlusten), seitens der Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ (aus Angst, ein eigenes Unterrichtsfach könnte für einseitige politische Beeinflussung mißbraucht werden) und schließlich auch seitens der SPÖ-Exponenten (aus Angst, daß ein eigenes Fach von den an den AHS überwiegend nichtsozialistisch eingestellten ProfessorInnen okkupiert und damit auch politisch instrumentalisiert werden könnte).“<sup>44</sup>

Nach dieser klassischen (österreichischen) Nichtentscheidungssituation, beziehungsweise der damit ausgedrückten Entscheidung für den status quo, kam nach jahrelangem paritätisch ausgehandelten Ringen zumindest ein Grundsatzeserlaß „Politische Bildung an den Schulen“ (s.o.) in Form eines verbindlichen Unterrichtsprinzips, allerdings neben zahlreichen anderen wohlwollenden Empfehlungen aus der Ministerialbürokratie, in ein juristisches Kleid – und indirekt damit eine Initiative aus diesem Themenfeld ins Burgenland.

Denn das 1977 gegründete Österreichische Institut für politische Bildung (ÖIPB) galt als Versuchsstation für eine angepeilte Ausweitung von politischer Bildung an Österreichs Schulen und sollte im Bereich der Erwachsenenbildung, experimentell und politisch mehr als ausgewogen, vermessen, kontrolliert und reglementiert, auslotend und den (Um)Weg bereitend, tätig werden.

Im Mattersburger Kulturzentrum, zur Verwunderung aller österreichischen Erwachsenenbildungseinrichtungen und der österreichischen Bundesländer, wurde diese Initiative gestartet. Die Finanzierung (in den letzten Jahren seiner Existenz rund 6 Millionen Schilling, abgesehen von externen Projektgeldern für Auftragsvorhaben) erfolgte zu gleichen Teilen aus Bundes- und aus Ländermitteln. Der Vorsitzende der Trägergesellschaft, der „Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung“, war folglich der jeweilige Unterrichtsminister, sein Stellvertreter der Sprecher der Landeshauptmännerkonferenz. Diverse Vertreter von österreichweiten Erwachsenenbildungseinrichtungen ergänzten den zwölfköpfigen Vorstand. Weitere Gremien des Vereins war eine Vollversammlung (26 Mitglieder) und ein Wissenschaftlicher Beirat (15 Mitglieder) und eben die Institutsleitung in Mattersburg (aus zwei Geschäftsführern als kollegial zu führendes „Exekutivorgan“ dieser komplexen Konstruktion). Sie blieb für rund eineinhalb Jahrzehnte eine im Endeffekt nicht erfolgreiche Experimentaleinrichtung auf burgenländischem Boden, mit durchaus beachtlichem Stehvermögen und output an einschlägigen Produkten.

Die burgenländischen Bezugspunkte, für unseren Kontext der vordergründige Anlaß sich diesem Thema zu widmen, sind vor allem in den infrastrukturellen und personellen Verknüpfungen zu suchen. Die initiale und synergetische Nutzung eines in Mattersburg erstmals in Betrieb genommenen Kulturzentrums ist mit Sicherheit auch auf die personelle Verbindung zwischen dem früheren burgenländischen Kulturlandesrat (Dr. Fred Sinowatz) und seinem Nachfolger (Dr. Gerald Mader) zurückzuführen. Umso unerfreulicher war für beide (burgenländischen) Politiker, daß ihre jeweils kulturpolitisch innovativen Schritte und Akzentuierungen aufgrund „komplizierter“ Verflechtungen und oft wechselseitigen Behinderungen nicht von längerer Dauer waren. Schließlich wurde vor allem auf Betreiben des seit 1991 im Amt befindlichen Unterrichtsministers Dr. Scholten mit Jahresanfang 1992 die Existenz des „Mattersburger Instituts“, so das trademark in der österreichischen Erwachsenenbildungslandschaft, beendet.

In den anfänglichen euphorischeren Phasen gab es mehrmals sogar Bestrebungen und Planungen dafür, einen Unterkunftsteil diesem Institut und dem Kulturzentrum, gleichsam als Seminarhotel, anzufügen. Die Nähe Wien hätte diesbezüglich durchaus als Zusatzargument gelten können. Wenngleich im Umkehrschluß die Plazierung dieses österreichweiten Instituts außerhalb Wiens,<sup>2</sup> von vielen Einrichtungen in der Bundeshauptstadt als Affront und

unzumutbare Distanz,<sup>1</sup> obwohl direkt am Bahnhof von Mattersburg und in moderater Entfernung vom Zentralort der Republik gelegen,<sup>3</sup> empfunden wurde.

Doch dies waren die geringsten Gegenargumente gegen das für das gesamte Bundesgebiet zuständige Institut für politische Erwachsenenbildung. Diese der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn in Ansätzen nachempfundene Bildungsinstitution war von einer derart komplizierten Struktur, um eine Paraphrase auf ein oft zitiertes Diktum des späteren Bundeskanzlers Sinowatz über die komplizierten Dinge an sich anzudeuten, daß eine autonome und gedeihliche Entwicklung der dort zu erledigenden Agenda nicht möglich war. Zu den Produktionen (an Zeitschriften, Projekten, Seminaren) und sonstigen Angeboten des Instituts soll exemplarisch die durchaus beachtliche Gesamtbilanz der abschließenden Jahre erwähnt sein.<sup>45</sup>

Im Korsett zu vieler und noch dazu zu wenig (wenn überhaupt) wohlwollender Gremien, Personen und Aufsichtseinrichtungen und Finanzgeber, war dem Konstrukt Österreichisches Institut für politische Bildung in Mattersburg, innerhalb der Gesellschaft für politische Bildung, keine gedeihliche Zukunft beschieden. Unter politischem Zähneknirschen und mit institutionellem Mißtrauen, mit problematischen Personalentscheidungen und restriktiven Entscheidungsspielräumen blieb zu wenig Energie, Wohlwollen und Tatkraft übrig, um dem Anliegen der politischen Bildung tatsächlich einen längerfristigen Dienst zu erweisen, der den Ursprungsort sowie – zumindest in Ansätzen – den „Geist“ dieser aus dem Burgenland operierenden Einrichtung zur politischen Bildung zum längerfristigen Erfolg hätte führen können.

Abgesehen von den anfänglichen personellen Verflechtungen in den ersten Jahren dieses Instituts ging diese Einrichtung der Erwachsenenbildung ihren Weg in die allmähliche Wirkungs- und Bedeutungslosigkeit, nicht nur für das Burgenland. Sowohl von den Schulen der Umgebung, die, zumindest formell, von der Nutzung dieser Einrichtung (für die Erwachsenenbildung) ausgeschlossen waren, als auch von den burgenländischen Institutionen war die Nutzungsfrequenz eher spärlich. Zu uneinig waren die Träger dieser Bildungseinrichtung und zuwenig autonome Handlungsspielräume wurde den Akteuren zugestanden. Mit durchaus erfolgreichen Zwischenstationen, auch mit international beachtetem Output – aber dennoch nicht ergiebig genug, um der finalen Liquidierung aus dem Zentrum der Republik zu entkommen, verliefen die eineinhalb Jahrzehnte des Instituts in Mattersburg.

Die Paradoxien in diesem Zusammenhang und die intriganten persönlichen Verquickungen und Kalküle können hier nicht alle aufgelistet werden (sie werden „unhistorische Geschichte“ bleiben, den unglaublichen Anekdoten näher als den schriftlichen Aktenvermerken in der Ministerialbürokratie). Dennoch verbleibt, u. a. aus mehrjähriger eigener Anschauung dem Verfasser dieses Beitrages (von 1981 bis 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Institut), genügend redliche und wissenschaftliche Akribie und rekonstruktive Einsicht in die vormaligen Verhältnisse und in die oft genug niederträchtige Chronik der abgelaufenen Ereignisse, um zumindest persönlich verantwortbar und resümierend diesen Abgesang an eine quasi-burgenländische Institution formulieren zu können.

Selbst aus der Verlassenschaft dieses Instituts blieben, abgesehen von räumlichen Vorgaben für ein nachfolgendes Literaturhaus, keine Reminiszenzen erhalten. Die durchaus respektable Bibliothek etwa, die im Lauf der Jahre aufgebaut werden konnte, wurde im Rahmen politisch-föderaler Übereinkünfte nach Salzburg abtransportiert. Das burgenländische Interesse an der Organisation eines Verbleibs dieser Bestände fiel zu schwach aus.

Einige Effekte der Restnutzung aus der Konstruktion der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung erwachsen dem Burgenland trotz Auflösung des Mattersburger Instituts. Alljährlich werden einige burgenländische Erwachsenenbildungseinrichtungen mit Projektgeldern bedacht, die von der Trägergesellschaft begutachtet und zugeteilt werden. Auf diesem (Um)Weg bekommen burgenländische Erwachsenenbildungseinrichtungen für unterschiedlichste Veranstaltungen finanzielle Beihilfen, die als Fernwirkung des einstigen Experiments zur politischen Bildung weiterbesteht.

Staat und politische Parteien verlieren – so der Befund in den letzten Jahren des Jahrhunderts – an Relevanz und Legitimität. Medial vermittelte events, Querein- und Aussteiger in die Sphäre der Politik, Ermüdungserscheinungen beim Zerstreuen gewöhnten Publikum (in

der Welt der Industrienationen) führen zu einem veränderten Politikverständnis. Neue Prioritäten (und Konflikte aus globaler Weltsicht) kündigen sich an. „Es geht nicht – oder bestenfalls am Rande – um politische Institutionen, um den Staat, die Parteien oder um verbandsmäßig organisierte kollektive Akteure. Vielmehr sind damit alle Arten der Entscheidungsfindung bei Wert- und Interessengegensätzen oder in existenziellen Lebensfragen gemeint, weshalb... eben auch private Lebensstilentscheidungen und persönliche Identitätsprobleme als unmittelbar ‚politisch‘ gelten.“<sup>46</sup> Die unterschiedlichsten Motive und Entstehungszusammenhänge der bisher präsentierten politischen Bildung, Staatsbürgerkunde, politischen Aufklärung in den diversen Instanzen des Bildungssystems unserer Gesellschaft, am Beispiel ihrer Instrumentalisierung und Ausprägung im politischen System Burgenland, lassen einige Etappen der bisherigen Kommunikation darüber beinahe anachronistisch erscheinen.

Aber dadurch, daß politische Bildung heute in unterschiedlichsten Formen und in diversen organisatorischen Verhältnissen eine Realität geworden ist, kann – im wahrsten Sinne des Wortes – ihr Wert ohnehin nie (v)ermessen werden. So oder so!

## A n m e r k u n g e n

Zum Begriffsbild „Rückbruch“ vgl. Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, S. 395

<sup>2</sup> Etwa zuletzt erinnerlich die diversen Wendeereignisse der Jahre „1989 ff.“

Aus aktueller demokratiepolitischer Sicht vgl. dazu Otto Depenhauer, *Lob auf die schweigende Mehrheit. Verfassungstheoretische Überlegungen zu einem demoskopischen Begriff*, in: Rolf Stober (Hg.), *Recht und Recht. (Festschrift für Gerd Roellecke)*, Stuttgart, Berlin, Köln 1997, S. 57 ff.

<sup>4</sup> Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, München 1974, S. 27

Niklas Luhmann, *Das Gedächtnis der Politik*, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 42, 1995/2, S. 120

<sup>6</sup> Reinhold Wagnleitner, *Die Kulturelle Reorientierung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg: Prolegomena zum Phänomen der symbolischen Penetration*, in: *Zeitgeschichte*, Juni/Juli 1984, S. 327

Hermann Giesecke, *Zur Krise der politischen Bildung. Versuch einer Bilanz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B32/97, Bonn, 1997, S. 3

<sup>8</sup> H. Giesecke, ebenda

<sup>9</sup> Wolfgang Merkel, *Theorie der Transformation*, in: *PVS Sonderheft 26/1995*, (hrsg. von Klaus von Beyme/Claus Offe), Opladen 1996, S. 52

<sup>10</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, *Heimkehr zu Brot und Wein*, in: *Volk und Heimat*, 1. Jg. Nr. 10, 12. 9. 1948, S. 1

Zur Verurteilung vom ehemaligen Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz in der sogenannten Causa „Worm-Sinowatz“ vgl. David F. J. Campbell, Fred Sinowatz, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien 1995, S. 530

<sup>12</sup> (Ungez., verm. Franz Probst), „Was wir wollen“, in: *Volk und Heimat*, Heft 1., 1. Jg., 1948, S. 2

<sup>13</sup> Helmut Engelbrecht, *Die Eingriffe der Alliierten in das österreichische Schul- und Erziehungswesen nach 1945*, in: Manfred Heinemann (Hg.); *Umerziehung und Wiederaufbau.*

*Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, S. 304

<sup>14</sup> Oliver Rathkolb, *U.S.- Entnazifizierung in Österreich zwischen kontrollierter Revolution und Elitenrestauration (1945–1949)*, in: *Zeitgeschichte*, Juni/Juli 1984, S. 309

<sup>15</sup> Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981, S. 117

<sup>16</sup> Bis Ende 1954 flossen 0,33 Prozent der gesamtösterreichischen ERP-Mittel ins Burgenland.

Karl Bachinger, *Geschichte der gewerblichen Wirtschaft des Burgenlandes*, Wien 1973, S. 172

<sup>17</sup> Vgl. dazu exemplarisch aus der Serie der einschlägigen Äußerungen: *Traumfabrik Film; Die Lautsprecher des Modernen; Wir und die Jugend*. Jeweils Leitartikel, verm. von Franz Probst, in: *Volk und Heimat* Nr. 24/1949, Nr. 2/1950 und Nr. 15/1951, S. 1

<sup>18</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, *Bekanntnis zur Heimat*, in: *Volk und Heimat* Nr. 10/1951, S. 1

<sup>19</sup> Adalbert Riedl: *Das Burgenländische Volksbildungswerk*, in: *Volk und Heimat* Nr. 17/1951, S. 18

<sup>20</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, *30 Jahre Burgenland*, in: *Volk und Heimat*, Nr. 17/1951, S. 1

<sup>21</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, *Was wir wollen*, in: *Volk und Heimat*, Nr. 1/1948, S. 2

<sup>22</sup> ebenda, S. 2

<sup>23</sup> ebenda, S. 3

<sup>24</sup> ebenda

<sup>25</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, „Ein garstig Lied!“; in: *Volk und Heimat*, Nr. 2/ 1952, S.1

<sup>26</sup> ebenda, S. 1

- <sup>27</sup> Vgl. zu einem der Ursprünge der Re-education in den Kriegsgefangenenlagern Peter Steinbach, „Die Brücke ist geschlagen“ Die Konfrontation deutscher Kriegsgefangener mit der Demokratie in amerikanischer und britischer Kriegsgefangenschaft; in: Historische Sozialforschung, Vol. 22/1997, No. 3/4, S. 275 ff.
- <sup>28</sup> „Ein offenes Wort“, in: Volk und Heimat, Nr. 5/1949, S. 16
- <sup>29</sup> (Ungez., verm.) Franz Probst, „Freiheit, die ich meine...“, in: Volk und Heimat, Nr. 3/1952, S. 1
- <sup>30</sup> 10 Jahre Volksbildungswerk für das Burgenland (hrsg. vom Volksbildungswerk f. d. Bgld.), Eisenstadt 1955, S. 30
- <sup>31</sup> Andreas Streibel, Überlegungen zur kulturellen Landesidentität des Burgenlandes nach 1945, in: Bgld. Heimatblätter, 1995/2, S. 61
- <sup>32</sup> Hellmut Becker, Bildung und Bildungspolitik. Über den Sickerneffekt von Reformen, in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte (Schriften der Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Bd. 61), München 1990, S. 63 f.
- <sup>33</sup> Zu den diesbezüglichen Entwicklungen vgl. vor allem die diversen, auch historisch schildernden, Beiträge von Herbert Dachs, zuletzt Ders., Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühen der Ebene, in: ÖZP 1996/1, S. 5ff
- <sup>34</sup> BM für Unterricht und Kunst/Zl. 33.464/6-19a/1978: Der Grundsatzlerlaß „politische Bildung in den Schulen“
- <sup>35</sup> Dort führte er zu einer großen Anzahl didaktischer Publikationen bzw. zu umfassender Literatur im zeitgeschichtlich-sozialwissenschaftlichen Kontext
- <sup>36</sup> Zur Geschichte des Landesverbandes vgl. „10 Jahre Landesverband burgenländischer Volkshochschulen, Festschrift, Eisenstadt o. J. (1979)
- <sup>37</sup> lt. Protokoll der Sitzung vom 7. 11. 1969
- <sup>38</sup> Die historische Darstellung bezieht sich u. a. auf den mit weiterführenden Verweisen versehenen Beitrag von Elisabeth Deinhofer, Politische Basis-Bildung, ein weiterer Versuch, in: Hans Knaller (Hg.); Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung. Innsbruck 1998, S. 143 ff.
- <sup>39</sup> Vgl. dazu Andreas Streibel, Erwachsenenbildung im Burgenland nach 1945, in: Roland Widder (Hg.); Burgenland – Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 (Schriftenreihe der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek; im Erscheinen).
- <sup>40</sup> Zur Geschichte der diversen (vereitelten) Varianten eines Haydn-Denkmal vgl. Gerald Schlag, Projekte eines Joseph Haydn-Denkmal in Eisenstadt, in: Festschrift für Karl Semmelweis (Bgld. Forschungen, Sonderheft VI), Eisenstadt 1981, S. 233 ff.
- <sup>41</sup> Nachfolgende Versuche in diese Richtung waren die Studenten- bzw. Jugendzeitschriften: „plenum“, „Maulwurf“ – und in weiterer Folge Blätter wie „Kudlmudl“ und „Geschriebenstein“ Als Einstieg in diese Diskussion vgl. Roland Widder; Peisonia – die Miniatur eines Mediums, in: Festschrift für Hans Seedoch (Burgenländische Forschungen, Sonderband XXI), Eisenstadt 1998.
- <sup>42</sup> Helmut Kramer/Karl Ucakar, Das Volkshochschule-Zertifikat für politische Bildung im Burgenland, in: ÖZP 1972/ Heft 2, S. 84
- <sup>43</sup> Gerald Mader, in: „Sozialistische Erziehung“, 1970/Nr. 11/12, S. 294
- <sup>44</sup> Herbert Dachs, Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühen der Ebene, in: ÖZP 1996/1, S. 8
- <sup>45</sup> Vgl. dazu den umfassenden letzten Bericht an die Gremien der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung: Gesamtbilanz 1987 – 1991 (vervf. Manuskript)
- <sup>46</sup> Peter A. Berger, „Life politics“ Zur Politisierung der Lebensführung in nachtraditionalen Gesellschaften, in: Leviathan 1995/3, S. 448

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [100](#)

Autor(en)/Author(s): Widder Roland

Artikel/Article: [Politische Bildung im Burgenland - Stationen einer aufklärerischen Ambition? 245-259](#)